



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 31. Januar 2012

Pressemitteilung (PM 001/2012)

Besetzungsverfahren laufen noch nicht rund.

Für die Ratssitzung in der kommenden Woche hat die Fraktion Hagen Aktiv einen Ergänzungsantrag zum bereits bestehenden Besetzungsverfahren von Geschäftsführerpositionen in städtischen Beteiligungen eingebracht. Durch die Ergänzung um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) möchte die Freie Wählergemeinschaft erreichen, dass die Stadt Hagen zukünftig ein transparentes und wasserdichtes Verfahren anwendet. Das Ziel von Hagen Aktiv ist, die besten und vor allem unabhängige Führungskräfte zu finden und langfristig an die Stadt Hagen zu binden.

„Wir begrüßen, dass die Stadt sich bei den jüngsten Besetzungen weitestgehend an unserem letztjährigen Antrag orientiert,“ so Fraktionschef Bücken einleitend. „Allerdings läuft das Besetzungsverfahren noch nicht rund. Denn seit Umsetzung des Ratsbeschlusses wurden ausschließlich Kandidaten mit einer politischen Nähe zur CDU bzw. SPD berücksichtigt.“

Hagen Aktiv weist an dieser Stelle daraufhin, dass die beiden großen Volksparteien in Hagen gemeinsam über lediglich rund 3.000 Mitglieder verfügen. Dies entspricht gerade einmal einem Anteil von rund 1,6% an der Hagener Bevölkerung. Bei der Nachbesetzung von Geschäftsführerpositionen bedeutet dies, dass sich in Hagen jeweils eine Minderheit von 1,6% gegenüber einer Mehrheit von 98,4% durchgesetzt hat. Fraktionschef Bücken ergänzt: „Bezieht man in das Auswahlverfahren nicht nur den Anteil an der Bevölkerung, der in anderen Kommunen ähnlich verteilt sein dürfte, in die Gesamtbetrachtung ein, sondern auch alle weiteren relevanten Parameter - wie die Anzahl der Bewerbungen, die fachliche Qualifikation, vorherige betriebswirtschaftliche Erfolge u.a., erscheint uns der Eintritt eines solchen Ereignisses aus statistischer Sicht geradezu unwahrscheinlich.“

Damit sich die Stadt gegenüber unterlegenen Bewerbern nicht angreifbar macht und das Verfahren nicht nur transparenter wird, sondern auch den Anforderungen des AGG genügt, möchte die Freie Wählergemeinschaft die Einhaltung der Vorgaben des AGG anmahnen und diese in den gültigen Ratsbeschluss vom 29. September des vergangenen Jahres zusätzlich einbinden. „Wir gehen davon aus, dass die Stadt und deren Töchter sich bei den jüngsten Besetzungen bereits hieran gehalten haben und finanzielle Folgeschäden für die Stadt nicht zu erwarten sind. Für die Zukunft möchten wir dies somit auch formal ausschließen. Nach unserer Auffassung sollten sich die Stadt, deren Töchter und alle politischen Mandatsträger hierzu noch einmal öffentlich bekennen,“ so die stellvertretende Vorsitzende Nigbur-Martini abschließend.